

# Klaus Bachmann

## JAHRESÜBERBLICK – POLEN 2007

Populistische Parteien sind in der Regel Oppositionsparteien. Schaffen sie es, nach Wahlerfolgen an der Regierung beteiligt zu werden, verschwinden sie meist schnell wieder von den Machtpositionen – weil sie in den Augen der Wähler das Flair eines »Robin Hood« verlieren, wenn sie erst einmal gezwungen sind, Kompromisse zu schließen, weil sie ihr Protestwählerpotenzial verlieren, wenn sie, selbst Regierungspartei geworden, nicht mehr gegen die Regierung protestieren können. Ausnahmen wie in Österreich bestätigen die Regel: Nach vier Jahren Regierung mit der ÖVP war die FPÖ auf einen Bruchteil ihres Stimmenanteils von 1999 reduziert und spaltete sich.

Das österreichische Szenario war auch in Polen absehbar – wenngleich es sich dort etwas anders abspielte. Denn Polen schaffte es, als erstes europäisches Land eine Regierung aus drei populistischen Parteien zustande zu bringen. Dazu gehörten die nationalkatholische Liga Polskich Rodzin (Liga der Polnischen Familien, LPR), deren Jugendorganisation deutlich faschistische Züge trug, die radikale und klientelistische Samoobrona (Selbstverteidigung), die in den 1990er Jahren aus einer Lobbyorganisation verschuldeter Bauern entstanden war, und die Partei Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit, PiS), die als typische Law-and-Order-Partei vom letzten Justizminister der Regierung Buzek, Lech Kaczyński, gegründet worden war und für mehr Repression als Heilmittel gegen Verbrechen und Korruption eintrat. Jede für sich war eine Führerpartei, die von ihrem jeweiligen Parteichef geradezu autoritär geleitet wurde und auf ein Thema kapriziert war. Bei der »Liga« war das ein demagogischer katholischer Nationalismus, bei der Samoobrona eine verbalradikale Sozialdemagogie, bei PiS das Festhalten an einem von Verschwörungen, Kartellen und geheimen Verbindungen durchsetzten Weltbild.

### ERPRESSUNG STATT VERTRAUEN

Dieses Weltbild übertrug die Parteiführung auch auf die Verhältnisse zwischen den Koalitionspartnern. Nach der Entlassung des populären Premierministers Kazimierz Marcinkiewicz, der auf einen Direktorenposten bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London abgeschoben wurde (obwohl er kein Wort Englisch sprach), übernahm Jarosław Kaczyński das Amt des Regierungschefs, womit – entgegen einem Wahlversprechen beider Brüder von 2005 – nun ein Kaczyński-Zwilling Präsident und der andere Premierminister war. Von nun an beruhte der Zusammenhalt der Koalition vor allem auf gegenseitiger Erpressung: Die Partei, die bei den laufenden Umfragen besser abschnitt, als es ihrer Mandatszahl im Parlament entsprach, erpresste damit Zugeständnisse von den Parteien, die in den Umfragen relativ schlecht abschnitten. Im Sommer 2006 zerbrach sogar vorübergehend die Koalition, als Kaczyński den

Führer der Samoobrona, Andrzej Lepper, entließ und ihn dann – weil es nicht gelang, eine ausreichende Zahl von dessen Abgeordneten über den Tisch zu ziehen – wieder mit an Bord nahm. PiS war angetreten und hatte den Wahlkampf mit dem Versprechen gewonnen, kompromisslos mit der Korruption aufzuräumen. Nun sahen die Fernsehschauer Abend für Abend, wie Kaczyńskis Emissäre versuchten, vorbestrafte, mit Korruptionsvorwürfen und Ermittlungsverfahren belastete Politiker mit Posten zu ködern, um eine Parlamentsmehrheit zustande zu bringen. Die Führung der Samoobrona – Lepper eingeschlossen – sah sich unterdessen mit Vorwürfen ehemaliger Mitarbeiterinnen konfrontiert, die behaupteten, sie hätten sich ihre Einstellung mit sexuellen Dienstleistungen erkaufen müssen. Eine der Frauen war dabei schwanger geworden und von dem Abgeordneten Stanisław Łyżwiński an einen Veterinär zur Abtreibung verwiesen worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelte längst, da saßen Lepper und Łyżwiński immer noch in der Regierungsbank bzw. im Parlament.

Vor diesem Hintergrund verblassten selbst die Korruptionsskandale der Regierung Miller, die zwischen 2001 und 2005 dazu geführt hatten, dass die Regierung ihre Parlamentsmehrheit verloren hatte und dass sich der Sojusz Lewicy Demokratycznej (Allianz der demokratischen Linken, SLD) gespalten und bei den Wahlen 2005 selbst marginalisiert hatte. Die Opposition musste da kaum noch etwas tun, es genügte zu warten, bis sich die Regierungsparteien selbst diskreditierten. Donald Tusk, 2005 noch ein aufstrebender Regionalpolitiker mit einer etwas orientierungslosen und ebenfalls populistischen Partei hinter sich, nutzte die Zeit, um die Plattform Obywatelska (Bürgerplattform, PO) zu professionalisieren, ihr ein deutlicheres, von PiS abgehobenes Profil zu geben und einen schlagkräftigen Wahlkampf vorzubereiten. Die PO distanzierte sich nicht nur von PiS, sie wurde in der öffentlichen Auseinandersetzung zur Anti-PiS-Partei, was insofern ein erstaunlicher Erfolg war, als PO und PiS noch nach den Wahlen von 2005 als natürliche Koalitionspartner gegolten hatten.

## DER AUSSENPOLITISCHE KAMPF UM SYMBOLIK

Erstaunlicherweise radikalisierten sich die drei Parteien in der Regierung aber, statt sich, nach dem Vorbild anderer populistischer Parteien, von ihrer Oppositionsrolle zu trennen. Besonders die Außenpolitik wurde zu einem Feld, auf dem sich die Regierungsparteien darin versuchten, sich den Rang in Radikalität abzulaufen. Höhepunkt war dabei der Gipfel in Brüssel im Juni 2007, als Regierung und Präsident beschlossen, die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Erarbeitung eines Reformvertrags (an Stelle des in den Niederlanden und Frankreich abgelehnten Verfassungsvertrags) der EU zu blockieren, um so im Rat der EU eine bessere Stimmengewichtung für Polen durchzusetzen. Statt jedoch nur eine Besserstellung zu verlangen – was allen Beteiligten mehr Flexibilität ermöglicht hätte –, legte sich die Regierung darauf fest, das Konzept der sogenannten »Quadratwurzel« (bei der jeder Staat so viele Stimmen erhält, wie es der Quadratwurzel seiner Bevölkerungszahl entspricht) durchzusetzen, das nur auf die Unterstützung der Tschechischen Republik rechnen konnte. Die Unterhändler der Regierung hatten auch übersehen, dass sie formal die Einberufung der Regierungskonferenz gar nicht blockieren konnten, da diese von der (damals deutschen)

Präsidentschaft einberufen wird, während das betreffende Konferenzmandat sogar mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden kann. Als die polnische Delegation unachgiebig blieb, begannen deutsche Delegationsmitglieder dann tatsächlich mit der Verabschiedung des Mandats, wobei sich zeigte, dass sich diesem Vorgehen nur Tschechien, Litauen und Portugal (das als folgende Präsidentschaft das »polnische Problem« nicht erben wollte) entgegenstellten. Daraufhin ließ die polnische Regierung die Quadratwurzel fallen und gab sich mit einigen eher symbolischen Zugeständnissen zufrieden. Den Kern des Vertragsentwurfs, der mehr Mehrheitsbeschlüsse im Justizbereich, ein einheitliches Gesetzgebungsverfahren und mehr Kompetenzen für Kommission und Europaparlament vorsah, hatte die polnische Regierung ohnehin nie in Frage gestellt. Die Auseinandersetzung um die »Quadratwurzel« diente vor allem dazu, sich von den Vorgängerregierungen abzusetzen und das bisherige politische Establishment anzugreifen, das angeblich eine »Außenpolitik auf den Knien vor Russland und Deutschland« gemacht habe. Um sich davon abzusetzen, wählte die Regierung einige eher symbolische Angriffspunkte, an deren Beispiel sie dann spektakulär »Härte« und »Unachgiebigkeit« demonstrierte – allerdings nahezu ohne Erfolg, weshalb der Misserfolg dann in einen rauschenden Sieg uminterpretiert wurde und diejenigen, die diese Ansicht nicht teilten, als Defätisten und Verräter angeprangert wurden.

So vergifteten die zwei Jahre Regierung der Dreiparteienkoalition zwar medial und rhetorisch das Verhältnis zu Berlin, Moskau und Brüssel, wirkten sich aber kaum auf die Beziehungen jenseits der Regierungsebene aus: Trotz mehrfacher Warnungen von Premier und Präsident vor einem Wiedererwachen des Nationalsozialismus und imperialistischer Neigungen in Deutschland hörten deutsche Unternehmer nicht auf, in Polen zu investieren. Einige gemeinsame Institutionen, wie das Deutsch-Polnische Jugendwerk, wurden teilweise paralytisch (das polnische Bildungsministerium unter Roman Giertych enthielt zugesagte Gelder vor und ernannte keinen polnischen Geschäftsführer), doch Schüleraustausch und Städtepartnerschaften blieben weitgehend unberührt. Polens Regierung hielt die Partner in Brüssel in Atem, aber ihr Einfluss auf die Gestalt des Reformvertrags blieb minimal – was zum Teil auch am Kompetenzmangel der polnischen Unterhändler lag, die sich auf symbolische, aber für das Funktionieren der EU bedeutungslose Punkte konzentrierten (Präambel, Grundrechtecharta). Im Rahmen dieser symbolischen Politik entschloss sich die Regierung dann auch, sich dem Opting Out der britischen Regierung gegenüber der Grundrechtecharta anzuschließen. Die Charta war auf britisches Drängen zu diesem Zeitpunkt bereits so abgeändert worden, dass sie nur zur Überprüfung von EU-Recht vor nationalen Gerichten verwendet werden kann. Aus Furcht, »Brüssel« könne sich in polnische Rechtssetzung einmischen, verzichtete Polen so auf die Möglichkeit, EU-Recht von seinen Gerichten auf seine Kompatibilität mit der Charta überprüfen lassen zu können.

## WIE POPULISMUS ENTSTEHT UND WIE ER UNTERGEHT

Institutionell betrachtet, begann die populistische Welle in Polen mit den Wahlen von 2001, als zum ersten Mal seit 1989 gleich mehrere populistische Parteien (neben den Parteien der späteren Dreier-Koalition kann man damals auch die PO dazurechnen, die

ebenfalls als Anti-Parteien-Partei und gegen das Establishment gerichtete Bewegung gegründet wurde) ins Parlament kamen. Tatsächlich gehen die populistischen Tendenzen, die zu diesem Wahlergebnis führten, aber auf die Zeit der Regierung Buzek (1997–2001) und deren »vier Reformen« zurück, die die Bevölkerung stark verunsicherten und mit einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit Zukunftsangst, autoritäre und repressive Tendenzen verstärkten, die sich der damalige Justizminister in der Regierung Buzek, Lech Kaczyński, zunutze machte, indem er sich (und dann seine neu gegründete PiS-Partei) als Verteidiger von Recht und Ordnung und Beschützer vor allem Fremden positionierte.

Paradoxerweise gingen fast alle Tendenzen, die die populistische Welle Ende der 1990er Jahre ausgelöst hatten, zwischen 2005 und 2007 wieder deutlich zurück: Die Arbeitslosigkeit sank (nicht zuletzt deshalb, weil Arbeitsemigration und die von der EU stark subventionierte Landwirtschaft sie aufsaugten), infolge des mit 6 Prozent sehr hohen Wirtschaftswachstums entstanden neue Arbeitsplätze, und die Reallöhne stiegen – besonders in den unteren Lohngruppen (wo wegen der Emigration bald Arbeitskräftemangel herrschte), also in den traditionellen Wählerschichten der Regierungsparteien. Damit waren die Wähler weit weniger empfänglich für Anti-Korruptions-Kampagnen, düstere Bedrohungsszenarien und Warnungen vor der Dominanz fremder Mächte. In den Meinungsumfragen ging dieser Trend vor allem zu Lasten der kleinen Koalitionsparteien Samoobrona und LPR. Damit war der Zerfall der Regierungskoalition absehbar.

Unmittelbarer Anlass für die Parlamentsauflösung war eine Ermittlung des Zentralen Antikorruptionsbüros (CBA) gegen den stellvertretenden Premierminister und Landwirtschaftsminister (sowie Parteichef der Samoobrona) Andrzej Lepper. Dabei hatten Agenten dieses von einem PiS-Politiker geleiteten und von PiS-Aktivisten besetzten Büros zwei schillernde Geschäftsleute mit gefälschten Dokumenten dazu verleitet, Lepper ein Bestechungsangebot für die Freigabe von Grundstücken in Masuren zu unterbreiten. Da die Aktion jedoch nicht geheim blieb und ein aufmerksamer Bürgermeister in Masuren auf die Fälschungen aufmerksam wurde, wurde Lepper gewarnt und entging der ihm gestellten Falle, worauf er sofort die PiS-Führung, Premier Jarosław Kaczyński (den Zwillingbruder des Staatspräsidenten) und die Leitung des Antikorruptionsbüros angriff. Der Premierminister entließ Lepper aus der Regierung, bemühte sich aber, dessen Partei in der Koalition zu halten, was angesichts der vielen offenen Fragen zu der CBA-Provokation misslang. Dadurch verlor die Regierung ihre Parlamentsmehrheit und entschloss sich, dem Drängen der Opposition nach Neuwahlen nachzugeben.

Zu Beginn des Wahlkampfes sagten die Umfragen der PiS einen klaren Sieg voraus, selbst von der Möglichkeit einer absoluten Mehrheit und einer Alleinregierung war die Rede. Die bisherigen Koalitionspartner, die sich durch zahlreiche Skandale und Affären (Samoobrona) bzw. durch haltlose und aggressive Demagogie (LPR) selbst ins Abseits befördert hatten, blieben in Umfragen meist unter der Fünf-Prozent-Hürde. Die Linke war ein buntes Sammelsurium aus durch ihre Wahlniederlage 2001 und 2005 versprengten Intellektuellen der ehemaligen Freiheitsunion (deren Demokraci [Demokratische Partei]) 2005 nur 2 Prozent der Stimmen erreicht hatte), aus ehemaligen Postkommu-

nisten, die sich zur Zeit der Regierung Miller in zwei Parteien gespalten hatten, und mehreren kleineren linken Gruppierungen, von denen keine die Chance hatte, auf eigene Faust ins Parlament zu kommen. Sie alle bildeten eine Koalition unter dem Namen Lewica i Demokraci (Linke und Demokraten, LiD). Als eigentlicher Herausforderer von PiS galt dagegen die PO, die sich unter dem Druck des nationalistischen, egalitaristischen Populismus der Koalitionsparteien zu einer konservativ-liberalen Partei der Mitte entwickelt hatte und auf Distanz zu vielen ihrer populistischen Projekte und radikalen Reformpläne gegangen war. Die PO führte nun einen optimistischen Wahlkampf voller Versprechungen (»Polen verdient ein Wirtschaftswunder«) und versuchte zugleich, die PiS als aggressive, gefährliche, undemokratische Kraft hinzustellen, die den Wählern misstrauete und alles und jeden überwachen wollte. In diesem Diadochenkampf wurden andere Parteien weitgehend marginalisiert, besonders, nachdem sich Aleksander Kwaśniewski, der als Schirmherr von LiD auftrat, durch einige Auftritte unter Alkoholeinfluss selbst diskreditiert hatte. Nun wuchs Donald Tusk zum Haupttrivalen von Jarosław Kaczyński.

Es waren drei Faktoren, die dazu führten, dass Tusks Partei in den Umfragen die PiS überholte: zum einen weitere Auflösungserscheinungen und Affären im Regierungslager, die die Minister der Regierung Kaczyński in nicht enden wollende gegenseitige Anschuldigungen, Diadochenkämpfe und Intrigen verwickelten und damit das Ansehen selbst der populärsten Politiker der Regierung beschädigten, zum zweiten die Tatsache, dass Premierminister Kaczyński in einem Aufsehen erregenden Fernsehduell gegen Donald Tusk haushoch unterlag, und zum dritten, dass die Regierungspartei PiS ihren Einfluss in der Justiz, den Geheimdiensten und den staatlichen Medien so schamlos und offen zur Bekämpfung der PO einsetzte, dass sie bei den Wählern das Gegenteil dessen erreichte, was sie beabsichtigt hatte. Dies wurde besonders wenige Tage vor der Wahl deutlich, als CBA und staatliches Fernsehen Abhörbänder einer (inzwischen aus der Partei ausgeschlossenen) PO-Abgeordneten benutzten, um mit ihrer Hilfe zu beweisen, dass die Bürgerplattform für den Fall ihres Wahlsieges die Privatisierung des Gesundheitswesens und das Verschachern von Kliniken an private Investoren plante. Dabei wurde allerdings deutlich, dass die CBA-Agenten eine Korruptionsaffäre enthüllt hatten, an deren Zustandekommen sie selbst beteiligt waren – wobei sie offenbar die Tatsache ausgenutzt hatten, dass sich die Abgeordnete in ihren »Führungsoffizier« verliebt hatte. Dass diese das vor laufenden Kameras eingestand, in Tränen ausbrach und nach einem Nervenzusammenbruch ins Krankenhaus abtransportiert wurde, führte zu einem Umschwung in der öffentlichen Meinung: Aus dem Korruptionsskandal einer ehemaligen PO-Abgeordneten wurde nun selbst in den Augen bis dahin regierungsnaher Medien ein Beispiel für die brutale Instrumentalisierung des Sicherheitsapparats zur Diskreditierung des politischen Gegners. Nun musste sich nicht mehr die PO-Führung für ihre korrupte Abgeordnete rechtfertigen, sondern die Regierung für die Methoden von CBA und staatlichem Fernsehen. Wie sich später herausstellte, hatte CBA dabei offenbar die Verliebtheit der PO-Abgeordneten ausgenutzt, um noch weitere, unbeteiligte PO-Politiker in die Affäre zu verwickeln und sie so im Wahlkampf diskreditieren zu können. Das staatliche Fernsehen schaltete dazu Sondersendungen, übertrug die Pressekonferenz der CBA-Führung, unterschlug aber unangenehme Fragen, die da-

bei von Journalisten gestellt wurden. Den Missbrauch der staatlichen Medien im Wahlkampf rügten nach der Wahl auch Beobachter der OSZE, die Außenministerin Fotyga ursprünglich gar nicht ins Land hatte lassen wollen.

Der Wahlkampf wurde von Anfang an zu einem Plebiszit über zwei Jahre PiS und die »Zwillingsherrschaft« der Gebrüder Kaczyński hochstilisiert und war so weitgehend inhaltsleer. PiS versuchte (größtenteils vergebens), auf dem Wahlkampf von 2005 aufzubauen, und suggerierte dem Wähler das Bestehen eines geheimen, mächtigen Netzwerkes aus korrumpierten Intellektuellen, Großkapitalisten und Opposition, gegen das die Partei Krieg führte, um dem kleinen Mann auf der Straße zu seinem Recht zu verhelfen. Doch was 2005 noch überzeugend gewesen war, wirkte nun lächerlich und wurde zum Gegenstand zahlreicher im Internet kursierender Satiren. Inhaltliche Debatten wie 2005 über das Steuersystem, die Reform des Gesundheitswesens oder eine Justizreform gab es praktisch nicht. Die Hauptkontrahenten verlegten sich auf das Schüren von Ängsten für den Fall eines Wahlsieges der anderen Seite. In den letzten Wochen vor der Wahl ging die PO davon dann ab und ließ banale, aber beruhigende Plakate kleben. LiD und Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Bauernpartei, PSL) bemühten sich dagegen, sich als vernünftige, berechenbare Kräfte darzustellen und sich so von den Hauptkontrahenten abzuheben, was der Bauernpartei allerdings besser gelang als der Linken.

Betrachtet man die wirtschaftlichen und sozialen Daten Polens, so gab es am 21. Oktober eigentlich keinen Grund, die bisherige Regierung abzuwählen: Mit einem Wachstum von über 6 Prozent, einer Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren von ehemals 20 Prozent um ein Drittel zurückgegangen ist, einer starken Währung und einem vom EU-Beitritt angeheizten privaten und öffentlichen Investitionsboom konnte die Regierung zahlreiche Erfolge vorweisen. Dass sich das auf das Wahlergebnis kaum auswirkte, ist darauf zurückzuführen, dass die Regierung selbst mit ganz anderen Zielen angetreten war und ihre Erfolge sogar auf Feldern ansiedelte, auf denen sie angreifbar war: Korruptionsbekämpfung, Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, Kampf gegen Korporationen, Verschwörungen und angeblich »mächtige Kartelle« (układ) in Medien, Wirtschaft und Finanzen und eine von Erwägungen über Würde und Ehre bestimmte Außenpolitik. Dadurch hatte die Opposition keine Probleme nachzuweisen, dass diese Ziele (die zumindest die PO teilt) nicht erreicht und die dabei eingesetzten Mittel übertrieben oder ungerechtfertigt waren. So hatte die Regierung zwar neue Gesetze und Institutionen zur Korruptionsbekämpfung ins Leben gerufen, aber mit einer zutiefst korrumpierten Partei, der Samoobrona, koalitiert, und die neuen Institutionen waren dabei offensichtlich außer Kontrolle geraten. Die von Würde und Ehre geleitete Außenpolitik hatte zur Isolierung Polens in der EU geführt und war von einer offensichtlich völlig überforderten Außenministerin gemacht worden. Die Regierung hatte die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit vorangetrieben, aber dabei zahlreiche Unschuldige an den Pranger gestellt und Gesetze erlassen, die vom Verfassungsgerichtshof kassiert wurden. Die Regierung hatte einflussreiche Kartelle und Lobbys angegriffen, aber dabei soviel Missbrauch getrieben und so sehr übertrieben, dass sie immer wieder vom Verfassungsgericht zurückgepfiffen worden war. Sie hatte mächtige Gegner in Wirtschaft und Finanzen herausgefordert, war aber, wie am Abend des 21. Oktober deutlich wurde, dabei klar unterlegen.

Anders als andere europäische populistische Parteien verlor sie allerdings nicht die Protestwählerschaft, sondern gewann sogar noch 2 Millionen Wähler dazu, davon 800.000 von ihren bisherigen Koalitionspartnern. Zugleich führten dieser Wahlkampf und die Verbitterung und Empörung über die Art und Weise, wie in den letzten zwei Jahren Politik gemacht worden war, zu einer Mobilisierung der Wähler. So gingen am 21. Oktober 4 Millionen Wähler mehr zur Wahl als 2005 und damit deutlich mehr als bei allen anderen Parlamentswahlen nach 1989. Die Mobilisierung kam vor allem der PO zugute. Das Ausmaß der Wählermobilisierung wurde nicht nur von den Demoskopern unterschätzt, sondern auch von der Staatlichen Wahlkommission, der in manchen Regionen die Stimmzettel ausgingen, weshalb die Wahl unterbrochen und die Schließung der Wahllokale verschoben werden musste. Am Ende lag die PO so weit vor PiS, wie das kein einziges Umfrageinstitut prognostiziert hatte.

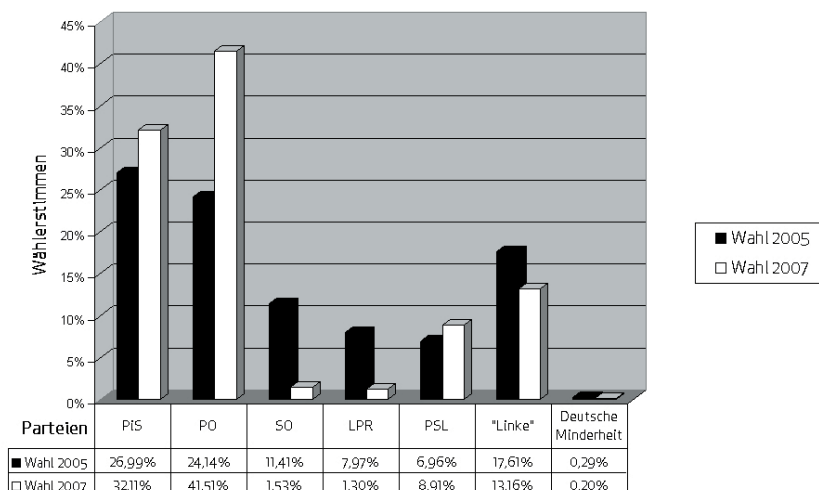


Tabelle 1: Wahlergebnisse 2005 und 2007 in Prozent der gültigen Stimmen und Mandate

Auch im Senat verschoben sich die Machtverhältnisse. 2005 hatte PiS 49 von 100 Senatoren gehabt, wobei die beiden Koalitionspartner 10 Senatoren gestellt hatten. 2 PSL-Senatoren und 34 PO-Senatoren besetzten die Opposition, 5 Senatoren waren unabhängig, darunter einige (der zeitweise Verteidigungsminister Radek Sikorski und Ex-Außenminister Władysław Bartoszewski), die mit Unterstützung von PiS und PO gewählt worden waren. Im neuen Senat hat nun die PO ein Übergewicht von 60 Senatoren, PiS stellt 39, einziger Unabhängiger ist der parteilose Linke und ehemalige Premierminister Włodzimierz Cimoszewicz, der seine Hochburg in den von Weißrussen, Orthodoxen und Ukrainern besiedelten östlichen Grenzgebieten zwischen Białystok und Biała Podlaska hat.

Aufgrund der Mandatsverteilung waren nun mehrere Koalitionen möglich, von denen jedoch aus programmatischen Gründen nur eine Aussicht auf Erfolg hatte: eine Koalition aus PO und PSL. LiD und PiS haben bereits kurz nach den Wahlen deutlich gemacht, dass sie in Opposition gehen wollen. PO und PSL haben zusammen zwar eine bequeme Mehrheit von 240 Abgeordneten, diese reicht aber weder aus, um die Verfassung zu ändern (was eine Umsetzung von einigen der PO-Wahlversprechen erfordert), noch um

ein Veto des Präsidenten gegen einen Gesetzentwurf zurückzuweisen (dafür ist eine 3/5-Mehrheit notwendig).

## AUSBLICK

Es ist zu erwarten, dass die neue Regierung eine vorsichtig russlandfreundlichere und stärker proeuropäisch ausgerichtete Außenpolitik machen wird. In all diesen Fällen – und in den Beziehungen zu Deutschland – wird diese Politik von deutlich versöhnlicheren Tönen als in den letzten beiden Jahren begleitet werden, was aber weder an den langfristigen Interessen Polens, noch an der grundsätzlichen Orientierung etwas ändert: Polen bleibt weiterhin an möglichst hohen Transfers aus Brüssel und daran interessiert, seinen Einfluss dort als Gegengewicht zu Russland in den östlichen Nachbarstaaten und bei bilateralen Problemen einzusetzen. Es wird auch weiterhin ein verhältnismäßig großes Interesse an amerikanischer Präsenz in Polen und einer Verflechtung polnischer und amerikanischer Interessen haben, weshalb es in der Frage des Anti-Raketenschildes (wobei die Zustimmung verknüpft wird mit der Forderung nach Lieferung von Patriot-Raketen) kaum Veränderungen geben wird. Die neue Regierung wird weder an dem starken gesellschaftlichen Misstrauen gegenüber Russland, noch gegenüber bestimmten Aspekten der deutschen Außenpolitik (Ostseepipeline, Zentrum gegen Vertreibungen) vorbeiregieren, umso weniger, als es einer nationalistisch argumentierenden Opposition in den letzten Jahren immer gelungen ist, eine pragmatische und liberale Regierung vor sich her zu treiben, indem man ihr zu große Nachgiebigkeit und Mangel an Patriotismus vorwarf. Es ist allerdings möglich, dass die neue Regierung in den Fragen der Ostseepipeline und des »Zentrums« (besonders wenn dabei der Einfluss des Bundes der Vertriebenen entsprechend reduziert wird) eine konstruktivere Haltung einnimmt und versucht, Einfluss auf beide Projekte zu gewinnen, statt einfach nur dagegen zu protestieren und zu versuchen, sie zu boykottieren.

Mehrere führende Politiker der neuen Koalition aus PO und PSL haben sich für einen Rückzug der polnischen Truppen aus dem Irak bis Ende 2008 ausgesprochen. Unklar ist bisher noch, ob dies aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen mit den USA möglich ist. Premierminister Tusk hat bereits angekündigt, er werde als Zeichen des guten Willens den Widerstand Polens gegen den Beginn von Beitrittsverhandlungen der OECD mit Russland aufgeben und erhoffe sich davon Zugeständnisse Russlands bei der Aufhebung des russischen Embargos gegen polnisches Exportfleisch. Dieser Schritt wurde bereits heftig von Ex-Außenministerin Fotyga kritisiert, die nun Chefin der Präsidentschaftskanzlei geworden ist. Das zeigt, dass der außenpolitische Spielraum der neuen Regierung durch die Kompetenzen des Präsidenten, der die Ratifizierung von internationalen Verträgen per Veto verhindern kann, eingeschränkt sein wird. Deshalb hat sich die Regierung auch entschlossen, sich dem britischen Opting Out gegen die Grundrechtecharta anzuschließen – nur dann war der Präsident bereit, auf ein Veto zu verzichten. Ein präsidentiales Veto muss aber kein Aus für einen Vertrag (oder ein Gesetz) bedeuten: Es kann mit einer 3/5-Mehrheit überstimmt werden, was mit den LiD-Stimmen im Parlament möglich wäre.



		Regierungsmehrheit (231)	Notwendig zur Überstimmung eines Präsidenten-Veto (277)	Verfassungsänderungen (307)
PO	209	209	209	209
PiS	164			164
PSL	31	31	31	
LiD	53		53	
Fraktionslose	3			
Gesamt	460	240	293	373

Tabelle 2: Mandatsverteilung im Sejm und Mehrheitsverhältnisse

PO, PSL und LiD können so mühelos ein präsidiales Veto überstimmen, Verfassungsänderungen gehen dagegen nur mit der PiS-Fraktion. Diese macht allerdings zur Zeit eine Krise durch: Die bisherigen Stellvertreter von Jarosław Kaczyński, die stellvertretenden Parteivorsitzenden Ludwik Dorn, Kazimierz Ujazdowski und Paweł Zalewski, wurden wegen ihrer Kritik an Kaczyńskis autoritärem Führungsstil nach der Wahl von diesem suspendiert. Sollten sie die Partei verlassen, wird damit gerechnet, dass auch eine größere Zahl Abgeordneter mit ihnen geht. Ein Teil davon könnte sich später der Regierungsmehrheit anschließen.